Ä4 zu EP-FR-01: C – Was Frieden schützt

Antragsteller*innen Morris Reinmüller

Antragstext

Von Zeile 1183 bis 1324 löschen:

~~**Transatlantische Beziehungen**~~

~~Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach~~
~~dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf~~
~~dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.~~
~~Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben~~
~~die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen~~
~~Demokratie.~~
~~Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und~~
~~anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.~~
~~Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau~~
~~unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln~~
~~und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.~~
~~Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner~~

auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um
eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln.
Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem
die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden entgegenzutreten.
Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von
Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.
Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine
Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.
Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes
Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Einer Vertiefung
der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn die soziale
und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

China

Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch
Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch
zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung in China. Sie
trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im
Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie
inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen globalen
Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland. Deswegen setzen wir
uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für
einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung
des Verhältnisses zu China ein.

Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft
dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte, eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.
China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es
in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für
chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser
und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in der gesamten EU gewährleistet werden.
Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie
einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche
verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.
Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der Provinz
Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der
Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen
keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.
Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.

~~Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für Kooperation.~~

In Zeile 1405:

~~**Afrika**~~

Afrika

In Zeile 1499:

~~**Lateinamerika**~~

China

Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung in China. Sie trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung des Verhältnisses zu China ein.
Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,

eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.
China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es
in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für
chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser
und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in der gesamten EU gewährleistet werden.
Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie
einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche
verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.
Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der Provinz
Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der
Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen
keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.
Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.
Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, der
Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies

gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz
der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für Kooperation.
Lateinamerika

Nach Zeile 1551 einfügen:

Transatlantische Beziehungen

Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach
dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf
dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.
Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben
die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen
Demokratie.
Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und
anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.
Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau
unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln
und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.
Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner
auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um
eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln.

Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem
die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden entgegenzutreten.
Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von
Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.
Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine
Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.
Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes
Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Einer Vertiefung
der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn die soziale
und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

Begründung
Vorschlag, die Reihenfolge der genannten Länder und Regionen zu ändern, damit wir stärkeren Fokus auf den Globalen Süden legen - u.a. indem unsere Nachbarregionen und -kontinente Naher Osten und Afrika zuerst erwähnt werden. Außerdem könnten Indopazifik und China einerseits und Lateinamerika und Nordamerika andererseits zusammengruppiert werden.